

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. 5; Matthiassparkstr. 10; sowie durch alle Auszüge zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus monatlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.50 Rmt. pro Jahr 4.75 Rmt. + 55 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2.40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsfelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verleihen, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Einberufung des Reichstags abgelehnt

Sozialdemokratie stimmt nicht für die Einberufung — Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses zurückgezogen — Zusage des Reichskanzlers auf Milderung der Notverordnung

Berlin, 16. Juni. (Eigener Bericht.)

Am Dienstag herrschte im Reichstag wieder einmal Hochspannung. Die Sozialdemokratie trat bereits vormittags 10 Uhr zusammen. Inzwischen tagten die Fraktionen der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und der Staatspartei. Vom Zentrum war der Fraktionsvorsitzende präsent. Das Ergebnis der langen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen war, daß der Vorkonferenzrat die Einberufung des Reichstags und die des Haushaltsausschusses ablehnte.

In der Vormittagsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die kurz nach 12 Uhr in des Zusammentritts des Vorkonferenzrats eröffnet wurde, erstattete der Fraktionsführer Dr. Breitbard zunächst Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Regierung. Inzwischen hatte die Regierung wissen lassen, daß auch für den Fall einer Einberufung des Haushaltsausschusses zurückzutreten werde. Dieser Beschluß war auf Vorschlag des Reichskanzlers einstimmig gefaßt worden. Als das mit diesen Beschluß sagte, war die Einberufung des Reichstags bereits nicht mehr akut. Man diskutierte auch in der sozialdemokratischen Fraktion hauptsächlich über, ob es angebracht sei, die Einberufung des Haushaltsausschusses zu fordern, um auf diese Weise die härtesten Bestimmungen der Notverordnung auszumerzen oder zu mildern. Eine Einberufung des Reichstags wurde von der sozialdemokratischen Fraktion mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Meinung für die Einberufung des Haushaltsausschusses war außerordentlich hart. Um die Mittagszeit vertagte sich die Sitzung auf 3 Uhr nachmittags.

Im Anschluß an die Vormittagsitzung der sozialdemokratischen Fraktion trat der Vorkonferenzrat zusammen. Er lehnte die Anträge der Links- und Rechtsradikalen auf Einberufung des Reichstags ab. Da die Volkspartei am Vorabend ihren Beschluß vom Donnerstag auf Einberufung des Reichstags mit 18 gegen 9 Stimmen in ihr Segmente verkehrt hand das Ergebnis der Abstimmung im Vorkonferenzrat vor sich stellt. Es stimmten für die Einberufung die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei. Alle Parteien sprachen sich gegen den Zusammentritt des Vorkonferenzrats aus. Anschließend stand ein Vorschlag der Sozialdemokratie auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Debatte. Die Deutschnationalen lehnen erklären, daß sie Verhandlungen des Haushaltsausschusses für zwecklos betrachteten und sie deshalb keine Anträge an derartigen Beratungen hätten. Die Wirtschaftspartei ließ eine ähnliche Erklärung folgen. Auch die Nationalsozialisten erklärten sich nicht an Beratungen im Haushaltsausschuss für desinteressiert. Die Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag schließlich auf 18 Uhr vertagt.

Die Einberufung des Haushaltsausschusses rückte unterdessen in der Haltung der Regierung die sich immer noch nicht zu Gunsten an die sozialdemokratischen Fraktion entschließen konnten, immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Der Reichskanzler sprach sich in den ersten Nachmittagsstunden nochmals mit dem Reichskanzler die Situation vor Augen zu und ihn insbesondere auf die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion aufmerksam zu machen. Wiederum erklärte sich der Reichskanzler gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses. Zugeständnisse wurden jedoch hinsichtlich der Verjüngung der Jugendlichen unter 21 Jahren Mitarbeiter und der Gemeindefunktionäre gemacht. Von allem an hatte die Sozialdemokratie auf Konzessionen in diesen entscheidenden Wert gelegt.

In ihrer Nachmittagsitzung nahm die sozialdemokratische Fraktion das Ergebnis der mittags mit der Regierung geführten Verhandlungen zur Kenntnis und setzte die Debatte fort. Die endgültige Entscheidung rückte immer mehr als der Reichskanzler die Abgeordneten Wels und Reichert wissen ließ, daß er zu einer weiteren Konzession in den „Veränderungen“ der Notverordnung verhandeln wollte. Er ließ erklären, daß er Anfang August über die „wollen“ auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses verhandeln sei. Die Zusage hinsichtlich der Gewerkschaften unter den, die entgegen den Bestimmungen der Notverordnung die vor unterzogen werden, soll nach den Erklärungen des Finanzministers ab sofort erfüllt werden. In Abetracht der Lage des Reichstags sah sich die sozialdemokratische Fraktion im letzten Stadium der Verhandlungen vor eine neue Entscheidung gestellt. Die große Mehrheit beschloß, den obwaltenden Umständen, das Angebot der Regierung anzunehmen und der Einberufung des Haushaltsausschusses nicht zuzustimmen.

Am 18.5 Uhr trat der Vorkonferenzrat wieder zusammen. Die Zwischensitzung hatten die Rechts- und Linksradikalen bei ihrer Fiktion vom Vormittag zu ändern und für die Einberufung des Haushaltsausschusses zu stimmen. Sie waren zu diesem Entschluß gekommen, nachdem der Staatssekretär der Reichskanzlei in der Mittagspause dem Vorkonferenzrat ohne zwingenden Grund erklärt hatte, daß die Regierung auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses zurückzutreten werde. Unter Bezugnahme auf die Erklärung Reichert der Kommunisten Logler in der

Sitzung des Vorkonferenzrats den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses. Nicht, wie er erklärte, weil die Kommunisten die „Illusion“ haben, daß in diesem Ausschuss an der Notverordnung irgend etwas geändert würde, sondern um auf diesem Wege den Sturz der Regierung zu erreichen. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten schlossen sich der Erklärung ihrer Wegbereiter an. Die Abstimmung ergab, daß nur die Links- und Rechtsradikalen für die Einberufung des Haushaltsausschusses waren. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

So hat die zugespitzte innen- und außenpolitische Lage Deutschlands im letzten Augenblick eine Entspannung erfahren. Jetzt liegt es bei der Regierung Brünning, ihr Wort schnellstens einzulösen.

Gegen die Notverordnung

Die Entscheidung unserer Reichstagsfraktion

Zur Begründung des Beschlusses der Reichstagsfraktion schreibt der Genosse Sollmann parteioffiziell folgendes:

Mit der ungeheuren Volksmehrheit ist die Sozialdemokratie gegen den einseitig unsozialen Charakter der Brüning'schen Notverordnung. Die deutsche Arbeiterpartei muß alle Möglichkeiten erwägen und alle Wege beschreiten, die zu einer Verbesserung der Notlage zugunsten des Arbeitervolks führen können. Ziel dieser Politik bleibt schließlich die Notverordnung ganz aufzuheben und an ihre Stelle die ordentliche Gesetzgebung zu bringen, die eine starke Berücksichtigung der berechtigten Massenforderungen ermöglicht.

Die Notverordnung bleibt für immer, ja sie wird noch verschärft, wenn der jähe Wille des deutschen Monopolkapitalismus und der mit ihm verbundenen großagrarischen Schichten die Eroberung aller staatlichen Machtpositionen im Reich und in Preußen erreicht, um sie und alle Bürgerkriegshorden gegen die Arbeiterklasse einzuhegen zu können. Diese Gefahr war in den letzten Stunden der Millimeterhöhe herangerückt. Die Festigkeit und die Klarheit der Sozialdemokratie hat die Befürchter der hochkapitalistisch-faschistischen Diktatur wieder einmal zurückgedrängt.

Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk, bis zum Umfalle auch Teile der Deutschen Volkspartei wollten die Einberufung des Reichstags. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie in wilden Reichstagsitzungen dem deutschen Parlamentarismus den Rest geben. Mit Hilfe der Kommunisten wollten sie die jegliche Notverordnung aufheben, um dann am Ende einer unabsehbaren Staatskrise durch eine brutale Rechtsregierung allen sozialen und politischen Rechten des deutschen Arbeitervolkes den Todesstoß zu versetzen. Zu diesem Zweck war ihnen alles recht: Weiterer Wirtschaftsrin, Gefährdung der Währung, Einstellung der Zahlungen im Reich, Staat und Gemeinden. Aus dem Durcheinander glaubten sie ihren neuen autokratischen Staat gegen ein geschwächtes und ausgeblutetes Volk schaffen zu können.

Darum hat die Sozialdemokratie die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt. Sie reißt sich nicht in die Front der Frik, Eugenbergs und Thälmann ein, um einer tolen Entwicklung die Bahn zu öffnen, die noch mehr Hunger und Verzweiflung über die gequälten Volkswalten bringt. Die Sozialdemokratie will nicht Parlamentarismus und Staatskrise, sondern Hilfe für das Volk.

Eine Mehrheit der Fraktion glaubte, daß die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses zu einer besseren Abänderung der Notverordnung und zu einer Lösung der schweren politischen und finanziellen Vertrauenskrise führen würde. Der Reichskanzler zeigte sich von geringerer Beweglichkeit und als schlechter Psychologe, als er zunächst diese sozialdemokratische Forderung glatt ablehnte. Er und sein Kabinett kündigten Rücktritt auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses an. Nationalsozialisten und Deutschnationale im Vorkonferenzrat spitzten die Ohren: „Also hat sich die Regierung selbstgefahren. Nun mit den Sozialdemokraten für die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses stimmen, denn auch dann kommen wir zu dem ersehnten Ziele eines Regierungsparzes und einer Eröffnung der schwersten Staatskrise.“

Zum Glück aber zeigte sich unsere Fraktion manövriertfähiger als der Kanzler. Sie verfolgte in bewegten und aufregenden Stunden mit fester Konsequenz ihre Taktik, sich nicht auf die Linie Eugenbergs drängen zu lassen, sondern den Weg zu Verbesserungen der Notverordnung freizumachen. Unsere Unterhändler Wels, Reichert und Hifferding gingen nicht vom Willen ab, den Kanzler zu einer besseren Einseitigkeit zu bringen. Es gelang. Zwar unvollkommen, aber doch soweit, daß erste Abwägungen des Notgesetzes zugelassen wurden. Vor allem aber, daß sich der Reichskanzler bereit erklärte, sobald Verhandlungen mit uns zu führen, ja auch der demnachstigen Einberufung des Haushaltsausschusses zuzustimmen. Das ist gewiß noch nicht viel, aber es ist doch eine Grundlage, gegen die schlimmsten Bestimmungen der Notverordnung weiter anzukämpfen. Sie werden wir uns mit dieser ganzen Notverordnung abfinden. Sie muß geändert werden. Nicht nur die Volksstimmung, auch Wirtschaft und Finanzen erfordern es.

Schluss siehe Seite 2.

Zur Entscheidung der Reichstagsfraktion

A. Kr. Es muß dem Genossen Sollmann, dessen nebenstehende Ausführungen offensichtlich den Gedankengang und die Gründe wiedergeben, die die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion bei ihren Entschlüssen geleitet haben, zugestanden werden, daß er und die Mehrheit gewichtige und außerordentlich beachtliche Gründe für ihre Haltung ins Feld führen können, daß sie mit Ernst und hohem Verantwortungsgefühl um den richtigen Entschluß gerungen und mit Zähigkeit und Ausdauer um die Erzielung von Vorteilen für die Arbeiterklasse gekämpft haben. Sicherlich kann und darf niemand ihre Argumente auf die leichte Achsel nehmen. Wir sehen dabei als Argumente, die das meiste Gewicht haben, die an, daß ja im Reichstag keine Mehrheit für eine wirksame Verbesserung der Notverordnung, die nur in der Schaffung und Annahme einer ganz neuen Ertragsvorlage an Stelle der Notverordnung, nicht aber in einzelnen Abänderungen der Notverordnung bestehen könnte, vorhanden ist und daß deshalb, auch wenn der Reichstag einberufen werden würde, eine wirkliche Verbesserung der Notverordnung unter den gegebenen Verhältnissen höchstwahrscheinlich nicht zu erreichen gewesen wäre, vielmehr zu befürchten stand, daß dann die Regelung noch unsozialer, noch ungerechter und noch drückender für die Arbeiterklasse werden würde. Daß ferner die in den letzten vierzehn Tagen infolge der Zuspitzung der politischen Lage eingetretenen großen Kreditkürzungen und Kapitalabziehungen mit den aus ihnen folgenden ungeheuren Geld- und Devisenverlusten bei Eintreten einer Regierungskrise mit all den schweren Erschütterungen, die sie mit sich bringen würde, noch weiter in starkem Maße zunehmen würden. Daß deshalb dann eine weitere starke Erhöhung des Diskonts, ja eine direkte Droffellung des Kredits notwendig würde, und daß endlich aus diesen Gründen eine neue so schwere Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten würde, daß neue große Stilllegungen und Arbeitslosigkeit die Folge wären. Das sind wirklich Argumente, die man nicht leicht nehmen kann, und es ist deshalb unbestreitbar, daß die Entscheidung der Reichstagsfraktion nicht ohne gute Gründe gefällt worden ist.

Trotzdem halten wir diese Entscheidung der Reichstagsfraktion für einen Fehler, der leicht schwere politische Schädigungen der Partei nach sich ziehen kann.

Es ist unter der obwaltenden Umständen schon kein überzeugendes Argument mehr für den Standpunkt der Fraktion, wenn auf die mögliche Machtergreifung durch den deutschen Faschismus in allen seinen Spielarten hingewiesen wird. Uns scheint, daß hier gar zu sehr übersehen wird, wie sehr sich die politische und wirtschaftliche Lage in den letzten 2 1/2 Monaten geändert hat. Ende März, bei den damaligen politischen Entscheidungen, mußten auch wir dies Argument noch als ausschlaggebend anerkennen. Heute scheint uns aber die Lage so zu sein, daß das nicht mehr der Fall ist. Auch die Verteidiger der Tolerierungspolitik haben nicht nur immer betont, daß es auf jeden Fall, das heißt koste es, was es wolle, auch eine Grenze der Opfer gibt, die die Sozialdemokratie für die Tolerierung zu bringen in der Lage sei, sondern sie haben auch betont, daß diese Tolerierungspolitik sofort aufgegeben werden könne und dann auch müsse, sobald die Gefahr einer faschistischen Diktatur beseitigt sei. Und das scheint uns allerdings zu r e i t der Fall zu sein. Aus zwei Gründen: Einmal infolge der oben geschilderten gefährlichen Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, die die Fraktion gerade auch (und zwar mit Recht, denn diese Erscheinung hat eine doppelte Wirkung) als Argument für ihren Standpunkt anführte, und sodann wegen der aus dem unverminderten Anhalten der Wirtschaftskrise sich ergebenden völligen Veränderung der außenpolitischen Lage. Wir haben in den vergangenen zehn Tagen darauf bereits hingewiesen und können uns deshalb hier mit Andeutungen begnügen. Eine Aktion zur Revision des Youngplans oder auch zur Erreichung eines längeren und wirksamen Moratoriums innerhalb der Geltung des Youngplans ist mit einer faschistischen Diktatur und der völligen Aufhebung der parlamentarischen Demokratie nicht zu erreichen. Das würde sich nach sehr kurzer Frist zeigen, und der Zwang, mindestens ein solches Moratorium zur Entlastung der Wirtschaft zu erreichen, würde sehr bald politisch Remedur schaffen. Wie im Jahre 1923. In derselben Weise würde sicherlich die mit Recht von der Fraktion befürchtete Verschärfung der Wirtschaftslage wirken. Sie würde die

Nazi-Kube für die Republike

Im Landkreis Breslau soll die Verfassung verletzt worden sein — Eine kleine Anfrage mit kleinen Ferkümmern

Herr Kube, der rastlos unermüdete Anfrager der Nazi-Partei im Preussischen Landtag hat ein neues Thema für eine kleine Anfrage an die Staatsregierung gefunden und in folgender Weise zu Papier gebracht:

Seit zwei Monaten verbleibt der Landrat des Kreises Breslau-Land alle Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Als Begründung gibt dieser Landrat stets einseitig an, bei der Nähe der Großstadt Breslau seien Unruhen zu befürchten. Verbot und Begründung richten sich lediglich gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, während sämtlichen anderen Parteien jede politische Betätigungsmöglichkeit von diesem Landrat gegeben wird. Gesuche um Versammlungsgenehmigung werden stets von diesem Landrat auf die lange Bank geschoben, Beschwerden werden grundsätzlich nicht beantwortet.

Das Verhalten dieses Landrats widerspricht nicht nur den einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung von Weimar, sondern auch denen der Verfassung des Freistaates Preußen. Ich frage das Staatsministerium: 1. Ist es bereit, den Landrat des Kreises Breslau-Land wegen dieser Vorgänge zu maßregeln und die Vorgänge zum Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung wegen Ueberschreitung amtlicher Befugnisse zu machen? 2. Billigt das Staatsministerium das Verhalten des Landrats?

Eigentlich müßte Herr Kube doch begeistert sein, wenn ein bolschewistischer Beamter als „starker Mann“ Verfassung und demokratische Grundzüge beiseite schiebt. Da Kube aber den Nachweis des parlamentarischen Verlaufs durch keine Anfragen nachzuweisen bemüht ist, tritt er im Eifer des Gefechts sogar für die Weimarer Verfassung ein, denn wenn Worte Sinn haben sollen, so soll der Landrat des Kreises Breslau angehalten werden, die republikanische Verfassung besser zu beachten.

Dabei hat nun K. allerdings eine Kleinigkeit übersehen. Er hat sich nicht bemüht, das, was seine Parteifreunde aus Fälschtheit und Umgehung ihm zugetragen haben, nachzuprüfen und die Notverordnung vom 27. März nachzulesen. Sonst müßte er nämlich, daß nicht der Landrat, sondern nur die Ortspolizeibehörden d. h. die Amtsvorsteher die Genehmigung anzumeldender Versammlungen verweigern können, daß die Mehrzahl dieser Amtsvorsteher im Landkreis Breslau keineswegs übertrieben republikanisch eingestellt sind, daß aber auch sozialdemokratische Amtsvorsteher keine Bedenken haben, nazistische Versammlungen stattfinden zu lassen, sofern nicht, wie in Steine, an die vierzig Verletzungen durch Stich- und Schlagwaffen zu be-

früchten sind; daß ferner in letzter Zeit verschiedentlich nazistische Versammlungen stattgefunden haben. Der Landrat hat u. U. lediglich in einer allgemeinen Erläuterung zur Notverordnung auf generelle Bedenken bei der Genehmigung nazistischer Versammlungen im Hinblick auf die Nähe der Großstadt und die verschiedentlich recht erheblichen Krawalle, die sich bei Naziveranstaltungen meist zu begehen pflegen; hingewiesen. Ob er sich damit einer Verletzung der Verfassung des Freistaates Preußen schuldig gemacht, das zu beantworten bleibt allerdings Herrn Kube überlassen. Das Ministerium wird ihm schließlich befriedigende Auskunft geben können.

Keine Maul- und Klauenseuche im Landkreis Neumarkt

Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbesitzern des Stellenbesizers Wölfel II in Zieserwitz ist erloschen und die seinerzeit angeordneten Schutzmaßnahmen aufgehoben. Der Kreis Neumarkt ist damit nach Mitteilung des Landrats jetzt frei von Maul- und Klauenseuche.

Groß-Schattgah. In der Gemeindevertretersitzung vom 18. Juni gab der Gemeindevorsteher den Bericht über die Verhandlungen mit dem Rittergutsbesitzer v. Rothkirch wegen eines Bauplatzes für das neue Gemeindehaus bekannt. Rothkirch schenkt der Gemeinde anerkanntermaßen das erforderliche Gelände. Die Vermessungskosten übernimmt die Gemeinde. Nach dieser kurzen Tagesordnung wurde die Sitzung geschlossen.

Schönborn. Aus der Gemeindevertretung. — Bürgersteuer abgelehnt. Bei der diesjährigen Etatberatung in unserer Gemeindevertretung entspann sich beim Titel Bürgersteuer eine besonders lebhaft ausgeführte. Die sozialdemokratischen Vertreter opponierten lebhaft, während ein örtlicher Vertreter die seltsame Meinung vertrat, daß es bei den Arbeitern nur Pfennige ausmache, weswegen er die Annahme der Bürgersteuer für sehr angebracht hielt. Der Nazist Herr G. Hoffmann legte sich ebenfalls sehr lebhaft für diese Steuer ein. Durch das geschlossene Vorgehen der sozialdemokratischen Gemeindevorordneten gelangte die Vorlage gegen die Stimmen der Bürgerlichen zur Ablehnung. — Dem Wohlfahrtsrat ist ebenfalls Rechnung getragen worden; es erfolgte eine zehnjährige Erhöhung gegenüber dem Vorjahre. Am Schluß der Etatberatung brachte der Gemeindevorsteher zum Ausdruck, daß die Gemeindefinanzen trotz der trüben Zeit und

großen Wohlfahrtslasten in der Gemeinde erfreulicherweise Ordnung seien. Genosse Fritz Scholz stellte unter Berücksichtigung noch den Antrag, daß bei der nächsten Gemeindevorstandssitzung die Einführung der Wohnungszwangswirtschaft auf die Tagesordnung kommen soll, um dem hier herrschenden Wohnungselend Einhalt zu gebieten.

Petersdorf. Einbruch in der Bäckerei. Unbekannt geblieben hier einige Spitzbuben in die Backstube von Himmel und packten eine Menge Waren zusammen, welche zur Herstellung von Backwaren dienen sollten. Außerdem wurde ein großes Posten Wäsche und das Damenrad der Frau des Bäckermeisters mitgehen gelassen.

Neumarkt. Straßenunfall. Vor der Sonnentriebe der Oberländerer Alose aus Kadlau und das Auto des Händlers Joppich zusammen. Der Oberländerer erlitt überaus schwere Verletzungen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 17a-17f
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18

Die Sprechstunden
des Sekretariats: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 Uhr und 16-18 Uhr müssen unbedingt eingehalten werden. Montag, Donnerstag und Sonnabend sind keine Sprechstunden.

Veipe-Petersdorf. Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr findet wieder wie alljährlich das Sommerfest der Ortsgruppe Veipe-Petersdorf bei Fiebach statt. Die Ortsgruppen der Umgebung werden dringend ersucht, daran teilzunehmen. Genosse Schiffer wird eine Ansprache halten.

Neumarkt. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Schönborn. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Oppel.

Kanfern. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner wird nach Bekanntwerden gegeben.

Tschirne. Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost. An Stelle der am 10. Juni ausgefallenen Mitgliederversammlung findet eine Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 17. Juni, 20,30 Uhr, im Wagnersaal statt. Redner: Genosse Dr. Korn.

Neuschönau. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr im Lokal von Laugwitz, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn.

Kausse. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr im Lokal von Zander, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Tätig bis 28. Juni, von 4 Uhr nachmittags bis 1 Uhr nachts. Das Fest des schlesischen Heimat, das Breslau

Johannistag

gegenüber der Jahrhunderthalle
mit großer Kunstherkunft * Dreifache Glühbirnen, Lötlampen
Heute Mittwoch Ein Freudentag der Kinder ab 4 Uhr: mit besonderen Ueberraschungen (Kasperle-Theater, Präzisionsvorstellung) Kinder- und Jugendtheater durch deutsche Sportbeiräte für Reichsarbeiter, Bezirk Mitteldeutschland: Gymnastik-Vorstellungen, Jugendtheater, Kinder-Kunstspiel, Polizeibereich gegen Reichsbahnarbeiter: 5-Jugend-Jugendtheater: S. I. u. gen. Polizeibereich
Morgen Donnerstag: 5 Uhr: Ballonaufstieg der Luftschiffahrt Club Wlra, Wlra. 5 1/2 Uhr: Motorrad-Zugspiel Motorrad-Club 1920 - Motorrad-Club Heutzel (je 6 Mann), außerdem 2 Jugendjagden. Die Ehrenpreise sind gestiftet von den Zigarettensabrikanten Hans Bergmann u. G. u. Grilling u. G., Dresden. 10 Uhr: Großes Kunst-Gewerke mit den besten Kunstwerken u. Effekten, ausgef. v. Kunstgewerbetler Schmidt, Breslau

Samilien-Anzeigen

Der Tod unseres Bezirksleiters
Heinrich Rösler
von Deutschen Baugewerksbund hat uns tief erschüttert.
Wir werden stets sein Andenken in Ehren halten
Die Kollegen der Baugewerkschaft
Sachwitz-Kanth.

Am Montag, dem 15. Juni 1931, verschied unser Mitglied, der Invalidenrentner
Paul Böhm
im Alter von 72 Jahren. 2300
Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau
Beerdigung: Donnerstag, 18. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nikolaitiedhofes in Cosel. Trauerhaus: Karlsruh. 10. Dienstag 7.

WAPPENHOF
Heute Mittwoch: 4.30 Uhr 2 8.30 Uhr
Vorstellungen
mit dem neuen Juni-Attraktions-Programm.
Ab 8 Uhr: **Großer Ball** Kapellen
Bei schöner Witterung finden die Vorstellungen im Garten statt.
Eintritt nachm. 30 Pfennig, abends 50 Pfennig.

ALKAZAR
NEUE TASCHESTRASSE
und
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERGÜGLINGS-VALETTE-TATZ-PALESTE.

6. Südpark-Konzert
der Schles. Philharmonie
Leitung: Hermann Behr
Solist: Ernst Tschirner (Flöte)
Mittwoch, 20 Uhr

Tennisplätze im Sportpark Ost
Billige Mieten für einen Tennisplatz (bis zu 4 Personen) von 0,50 RM. an je Stunde und 8,00 RM. für die ganze Saison. Bestellungen an Tennisplätze im Stadamt für Leihübungen, Büttnerstraße 8 I, Zimmer 6. — Für Vereine besonders ermäßigte Mieten. Kein besonderes Netzgel.

STADTHEATER
Mittwoch, 20.15-23
Abend-Spiel F 21
Die Zauberkiste
Donnerstag, 20.15-22.30
Abend-Spiel D 22
Zum letzten Male!
Madame Sans-Gêne
Freitag, 20.15-23
Der liebe Augustin

Schlafzimmer
Eiche komplett
450.- RM.
Teufelung gestrichelt
Neuwaren
Waldenstraße 23/24.

Der Film
Im Westen nichts Neues
In Bildern
2.85
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht und Zeitungsvertriebsstellen.
Eckstr. (Haupt) 25 Nr. 10, geöffnet 14 Uhr, telefonisch Hauptstr. 22

LOBTHEATER
Täglich 20.15-22
Samstags
in der Kärntnerstraße

THEATRE
Täglich 2.15-22.15
Hör
21. Sonntag Spiel
Das Festliche Abenteuer

Druckerei
Volkswacht
moderne Druckerei
Breslau, Z. Straße 10

Suche noch
2000 Stellen!
Fr. Lorenz
Kreuzschmiedstr. 46, 4. Et.

AUSSTELLUNG
UNSERE
WOHNUNG
AUSSTELLUNGSGEBÄUDE SCHEITNIG
Eintrittspreis 50 Pfennig. Geöffnet täglich von 9-19 Uhr. Jede Eintrittskarte nimmt an der Ausstellungsloschorte teil.
Für die Redaktionen verantwortlich: Walter Fehring für die Anzeigen: Max Lorenz. — Redaktion: Grundschloß 2. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H. sämtlich in Breslau



Kopf fest, alter Sonntag!

Warum denn gleich verzweifeln? Sicher, die Zeiten sind schlimm für den Kaufmann — aber können wir sie durch resigniertes Hinbrüten bessern? Bedarf, wenn auch vermindert, ist immer noch da — man muß es nur verstehen, die Käufer auf das eigene Geschäft aufmerksam zu machen. Man muß durch das Sprachrohr der Erfolgreichen zu allen sprechen. Durch Anzeigenraum! Die Anzeige in der „Volkswacht“ ist für den fortschrittlichen Kaufmann die schärfste Waffe gegen die Wirtschaftskrise!
Kopf hoch! Weiterarbeiten! Inserieren! Verkauften Bessere Zeiten schaffen! Alle mithelfen!
Hallo! Man wartet auf Deine Anzeigen, Kaufmann!

Nazi-Kröbe für die Republike

Im Landkreis Breslau soll die Verfassung verletzt worden sein — Eine kleine Anfrage mit kleinen Bestürmern

Herr Kröbe, der rastlos unermüdete Anfrager der Nazi-Partei im Preussischen Landtag hat ein neues Thema für eine kleine Anfrage an die Staatsregierung gefunden und in folgender Weise zu Papier gebracht:

Seit zwei Monaten verbietet der Landrat des Kreises Breslau-Land alle Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Als Begründung gibt dieser Landrat stets einseitlich an, bei der Nähe der Großstadt Breslau seien Unruhen zu befürchten. Verbot und Begründung richten sich lediglich gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, während sämtlichen anderen Parteien jede politische Betätigungsmöglichkeit von diesem Landrat gegeben wird. Gesuche um Versammlungsgenehmigung werden stets von diesem Landrat auf die Länge hin geschoben, Beschwerden werden grundsätzlich nicht beachtet.

Das Verhalten dieses Landrats widerspricht nicht nur den einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung von Weimar, sondern auch denen der Verfassung des Freistaates Preußen. Ich frage das Staatsministerium: 1. Ist es bereit, den Landrat des Kreises Breslau-Land wegen dieser Vorgänge zu mahnen und die Vorgänge zum Gegenstand einer Disziplinartuntersuchung wegen Ueberschreitung amtlicher Befugnisse zu machen? 2. Billigt das Staatsministerium das Verhalten des Landrats?

Eigentlich müßte Herr Kröbe doch begeistert sein, wenn ein politischer Beamter als „starker Mann“ Verfassung und demokratische Grundzüge heiligt. Da Kröbe aber den Nachweis des parlamentarischen Verlaufs durch seine Anfragen nachzuweisen bemüht ist, tritt er im Eifer des Gefechts sogar für die Weimarer Verfassung ein, denn wenn Worte Sinn haben sollen, so soll der Landrat des Kreises Breslau angehalten werden, die republikanische Verfassung besser zu beachten.

Dabei hat nun Kröbe allerdings eine Kleinigkeit übersehen. Er hat sich nicht bemüht, das, was seine Parteifreunde aus Sächsisch und Umgebung ihm zugetragen haben, nachzuprüfen und die Notverordnung vom 27. März nachzulesen. Sonst müßte er nämlich, daß nicht der Landrat, sondern nur die Orts-polizeibehörden d. h. die Amtsvorsteher die Genehmigung anzumeldender Versammlungen verweigern können, daß die Mehrzahl dieser Amtsvorsteher im Landkreis Breslau keineswegs übertrieben republikanisch eingestellt sind, daß aber auch sozialdemokratische Amtsvorsteher keine Bedenken haben, nazistische Versammlungen stattfinden zu lassen, sofern nicht, wie in S. 1. e. an die vierzig Verletzungen durch Stich- und Schlagwaffen zu be-

führten sind, daß ferner in letzter Zeit verschiedentlich nationale sozialistische Versammlungen stattgefunden haben. Der Landrat hat u. U. lediglich in einer allgemeinen Erklärung zur Notverordnung auf generelle Bedenken bei der Genehmigung nazistischer Versammlungen im Hinblick auf die Nähe der Großstadt und die verschiedentlich recht erheblichen Krawalle, die sich bei Naziveranstaltungen meist zu begehen pflegen, hingewiesen. Ob er sich damit einer Verletzung der Verfassung des Freistaates Preußen schuldig gemacht, das zu beantworten bleibt allerdings Herrn Kröbe überlassen. Das Ministerium wird ihm schwerlich befriedigende Auskunft geben können.

Keine Maul- und Klauenseuche im Landkreis Neumarkt

Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Stellenbesizers Köffel II in Zieserwitz ist erloschen und die feinerzeit angeordneten Schutzmaßnahmen aufgehoben. Der Kreis Neumarkt ist damit nach Mitteilung des Landrats jetzt frei von Maul- und Klauenseuche.

Groß-Schottigau. In der Gemeindevorsteherwahl vom 18. Juni gab der Gemeindevorsteher den Bericht über die Verhandlungen mit dem Rittergutsbesitzer v. Rothkirch wegen eines Bauplatzes für das neue Gemeindehaus bekannt. Rothkirch schenkt der Gemeinde anerkenntenswerterweise das erforderliche Gelände. Die Vermessungskosten übernimmt die Gemeinde. Nach dieser kurzen Tagesordnung wurde die Sitzung geschlossen.

Schönborn. Aus der Gemeindevorsteherwahl — Bürgersteuer abgelehnt. Bei der diesjährigen Stat.-beratung in unierer Gemeindevorsteherwahl entspann sich beim Titel Bürgersteuer eine besonders lebhafte Aussprache. Die sozialdemokratischen Vertreter opponierten lebhaft, während ein vürgerlicher Vertreter die seltsame Meinung vertrat, daß es bei den Arbeitern nur Pfennige ausmache, weswegen er die Annahme der Bürgersteuer für sehr angebracht hielt. Der Nazi- Herr G. Hoffmann setzte sich ebenfalls sehr lebhaft für diese Steuer ein. Durch das geschlossene Vorgehen der sozialdemokratischen Gemeindevorordneten gelangte die Vorlage gegen die Stimmen der Bürgerlichen zur Ablehnung. — Dem Wohl-fahrtset ist ebenfalls Rechnung getragen worden; es erfolgte eine zehnprozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahre. Am Schluß der Statberatung brachte der Gemeindevorsteher zum Ausdruck, daß die Gemeindefinanzen trotz der krisenhaften Zeit und

großen Wohlfahrtslasten in der Gemeinde erfreulicherweise Ordnung seien. Genosse Fritz Schulz stellte unter Verzicht auf noch den Antrag, daß bei der nächsten Gemeindevorsteherwahl die Einführung der Wohnungszwangswirtschaft auf ein Jahr und einhalt zu gebieten.

Petersdorf. Einbruch in der Bäckerei. Unbekannte drangen hier einige Spähabende in die Bäckerei. Unbekannte und packten eine Menge Waren zusammen, welche zur Herstellung von Backwaren dienen sollten. Außerdem wurde ein großer Kasten und das Rad des Radfahrer der Frau des Bäckermeisters mitgehen gelassen.

Neumarkt. Strahlenunglück. Vor der Synagoge stehen der Oberschweizer Alose aus Kadlau und das Auto des Händlers Joppich zusammen. Der Oberschweizer erlitt über schwere Verletzungen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-1
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18

Die Sprechstunden

des Sekretariats: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr müssen unbedingt eingehalten werden. Donnerstag und Sonnabend sind keine Sprechstunden.

Peipe-Petersdorf. Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr findet wieder wie alljährlich das Sommerfest der Ortsgruppe Peipe-Petersdorf bei Ziesewitz statt. Die Ortsgruppen der Umgebung werden dringend ersucht, daran teilzunehmen. Genosse Schiffer wird eine Ansprache halten.

Neumarkt. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Schönborn. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Oppel.

Kantern. Freitag, den 19. Juni, 20 Uhr, im Lokal der Mitgliederversammlung. Redner wird noch bekannt gegeben.

Tschirne. Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost. An Stelle der am 10. Juni ausgefallenen Mitgliederversammlung findet eine Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 17. Juni, 20,30 Uhr, in Tschirne statt. Redner: Genosse Dr. Korn.

Neuschönbach. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr, im Lokal von Laugwitz, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn.

Kausse. Am Donnerstag, den 18. Juni, 20 Uhr, im Lokal von Zander, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Täglich bis 28. Juni, von 4 Uhr nachmittags bis 1 Uhr nachts.

Das Fest der schlesischen Heimat, das Breslau

Johannistag

gegenüber
der
Johannistag-
halle

Sonntags-Rückfahrkarten auch am 24. Juni (Johannistag) dem Haupt-Elitetag von fast allen schlesischen Stationen

mit großen Kunstwerken • Duellierische Gladiatoren • Schmonarthe

Heute Mittwoch ab 4 Uhr: Ein Freudentag der Kinder mit besonderen Ueberrassungen (Kapelle-Theater, Präsentverteilung) Kinder- und Jugendkonzert durch deutsche Sportbeispiele für Leichtathletik, Boxen, Mittelstufen, Gewichtheben, Turnen, Judo, Ringen, Fechtensport, Bogenschießen, Kugelstoßen, Hahnenschwingen, R. L. S. geg. Ballspiele

Morgen Donnerstag: Gr. Elitetag 5 Uhr: Saisonaussflug der Luftschiffahrt in die Gegend um Görlitz. 6 Uhr: Motorrad-Rallye Spiel Motorrad-Club 1920 — Motorrad-Club Herrnhart (je 6 Mann), außerdem 2 Fußballspiele. Die Ehrenpreise sind gestiftet von den Zigarettenfabriken Hans Bergmann L.-G. u. Geißling L.-G., Dresden. 10 Uhr: Großes Kunstfeuerwerk mit den besten Neuheiten u. Effekten, ausgef. v. Kunstfeuerwerker Schmidt, Breslau

Niederlegene Schaustellungen! Tägl. große Sportläufe. Eintrittspreise: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., Sonn- u. Elitetag Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Dauerkarten, für alle Tage gültig, 2 Mk. bei Barzahlung u. Billigwagen am Café Loma. Die „Johannistag-Zeitung“ mit dem offiziellen Sport- und Festprogramm ist überall erhältlich.

Familien-Anzeigen

Der Tod unseres Bezirksleiters **Heinrich Rösler** vom Deutschen Bergwerksbund hat uns tief erschüttert. Wir werden stets sein Andenken in Ehren halten. Die Kollegen der Bergwerkschaft Sachwitz-Kanitz.

Am Montag, dem 15. Juni 1931, verschied unser Mitglied, der Invalidenrentner **Paul Böhm** im Alter von 72 Jahren. 290. Eine seinen Andenken! Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau. Begräbnung: Donnerstag 18. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nikolaifriedhofes in Cosel. Trauung: Karthaus 10. Beisetzung 7.

WAPPENHOF
Heute Mittwoch: 4.30 Uhr bis 8.30 Uhr
Vorstellungen mit dem neuen Juni-Attraktions-Programm. Ab 8 Uhr: **Großer Ball** Kapellen. Bei schöner Witterung finden die Vorstellungen im Garten statt. Eintritt nachm. 30 Pfennig, abends 50 Pfennig.

AKAZAR
Die besten Zerstörer, die 16 gegen Fr. D. Stroh, Eisenwerk, 30, gelassen habe, haben ich mit meinem ganz n. k. nicht noch nicht. Bergisch-Weißh. St. Margarete Radla, Ringstr. 1.

6. Südpark-Konzert der Schles. Philharmonie
Leitung: Hermann Behr. Solist: Ernst Tschirner (Flöte). **Mittwoch, 20 Uhr**

Tennisplätze im Sportpark Os
Billige Mieten für einen Tennisplatz (bis zu 4 Personen von 0,50 RM. an je Stunde und 8,00 RM. für die gesamte Saison. Bestellungen auf Tennisplätze im Stadamt für Leihübungen, Büttnerstraße 8 I, Zimmer 6. — Für Vereine besonders ermäßigte Mieten. Kein besonderes Netz.

STADTHEATER
Mittwoch, 20.15-23. Abm.-Kopf F 21 Die Zauberkiste
Donnerstag, 20.15-23.30 Abm.-Kopf. D 22 Zum letzten Male! Madam Sans-Souci
Freitag, 20.15-23. Der liebe Augustin

Schlafzimmer
Eich komplett 450.— Pfl.
Teuchlung gestattet
Krausstr. 23/24

Ende noch
Wohlfühlen!
Fr. Lorenz
Krausstr. 46, 4. Et.

Der Film **Im Westen nichts Neues** in Bildern **2.85**
Zu kaufen durch die Expedition der Volkswacht und Zeitungsgesellschaften.
Schönbrunn (Köpen.) 25. Str. Gedächtnis 14. Str. seitlich Komplex, Poststr. 22.



Kopf hoch, alter Freund

Warum denn gleich verzweifeln? Sicher, die Zeiten sind schlimm für den Kaufmann — aber können wir sie durch resigniertes Hinbrüten bessern? Bedarf, wenn auch vermindert, ist immer noch da — man muß es nur verstehen, die Käufer auf das eigene Geschäft aufmerksam zu machen. Man muß durch das Sprachrohr der Erfolgreichen zu allen sprechen. Durch Anzeigenraum! Die Anzeige in der „Volkswacht“ ist für den fortschrittlichen Kaufmann die schärfste Waffe gegen die Wirtschaftskrise! Kopf hoch! Weiterarbeiten! Inserieren! Verkäufer! Bessere Zeiten schaffen! Alle mithelfen! Hallo! Man wartet auf Deine Anzeigen, Kaufmann!

AUSSTELLUNG
UNSERE WOHNUNG
AUSSTELLUNGSGERÄTE, SCHREIBMASCHINEN
Eintrittspreis 50 Pfennig. Geöffnet täglich von 9-19 Uhr. Jede Eintrittskarte nimmt an der Ausstellungs-Lotterie teil.
Für die Redaktionen verantwortlich: Walter Fiedler, für die Anzeigen: Max Tschirner. — Redaktion: Brändelstr. 2 — Hauptvertriebsstelle: Brändelstr. 2

Vor den Schranken des Gerichts

Krach im Nazi-Verlagsbetrieb

Wie berichtet vor kurzem ausführlich über den Krach...

Erbchaftsprozess
Hunsten Frau Neumann entschieden

Die 14. Zivilkammer verurteilte gestern die Rosen...

Inlichter Landesverrat

Vor dem 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau...

folgenreicher Verurteilung

Anfang Mai d. J. übernachteten einige Wanderbuschen...

Verleumdungen der Standalpresse

Ein typisches Bild, wie Artikel in der Standalpresse...

kurioses Bild. Kothler konnte nachweisen, daß er zur Zeit...

Bigamie

Unter der Anklage der Doppelsehe hatte sich vor dem...

Eine harte Strafe

Recht hart sagte das Gericht den erst 23 Jahre alten...

verübte er in einer einzigen Nacht vier Einbrüche; doch nur...

Die bestohlenen Rollwagen

Unter der Anklage, dreizehn einfache Diebstähle begangen...

Vom Breslauer Strafsenat

Unter der Anklage des verlusten Betrags militärischer...

Stillegung des Archimedes-Werkes?

Wie steht es mit dem Kreditvertrag der Stadt Breslau mit den LDB-Werken?

Dringliche Anfrage der sozialdemokratischen Partei an den Magistrat

Trotz aller Krisennot kommt es recht überraschend, daß in...

Die Stillegung aber hat noch eine andere Bedeutung...

Je dem Magistrat bekannt, daß die Linde-Hofmann-Werke...

Ist dem Magistrat weiter bekannt, daß schon jetzt die...

Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Linde-Hofmann...

Uebertritt zur SPD-Fraktion eines Stadtverordneten der Mieterfraktion

Der Stadtverordnete Paul Günther, der der Mieterfraktion...

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands...

Werte Genossen! Ich bitte hiermit um meine Aufnahme in die Sozialdemokratische...

Im Jahre 1928 habe ich mich mit Duldung des Parteivorstandes...

Im Verlauf der letzten Jahre bin ich immer stärker zu...

Mit Parteigruß! geg. Paul Günther.

Heute, den 17. Juni 1931, 19.30 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17, Vertreter-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht über den Reichsparteitag. Redner: Genosse Eckstein. 2. Volkswacht-Angelegenheiten.

Als Ausweis ist die rote Vertreterkarte in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch mitzubringen. Ohne die Ausweise kein Zutritt zur Versammlung. Abteilung Scheitnis hat Ordnerdienst.

Die Kämpfe, die die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in den letzten Monaten gegen das gesamte Bürgertum im...

Baugewerksbund und Bierzigstundenwoche Ein Schreiben an den Reichskanzler

In einem Schreiben an den Reichskanzler, in dem die Forderung nach Einführung der Bierzigstundenwoche behandelt wird, beschäftigt sich der Baugewerksbund mit der durch die Notverordnung geschaffenen Lage und führt unter anderem folgendes aus:

Die Bauarbeiterchaft ist schon seit Jahren unter Vererbung der Saisonarbeiter ein besetztes Objekt für die Reformen der Arbeitslosenversicherung. Für sie sind schon bisher eine ganze Anzahl von Ausnahmestimmungen in Kraft und da die neue Notverordnung eine ganze Reihe einschneidender allgemeiner Verschlechterungen der Unterstützung bringt, konnte die Bauarbeiterchaft wohl erwarten, nicht nochmal weiteren besonderen Verschlechterungen der Unterstützung unterworfen zu werden. Sie erwarten das umso mehr erwarten, als die der Reichsregierung wohl unangenehme Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit irgendeiner Berücksichtigung der Unterfertigung unterworfen zu werden. Sie erwarten das umso mehr erwarten, als die der Reichsregierung wohl unangenehme Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit irgendeiner Berücksichtigung der Unterfertigung unterworfen zu werden.

Saisonarbeiter, die die schwereren Bedingungen für den Unterstützungsbetrag erfüllen, noch eine über die allgemeinen Verschlechterungen hinausgehende besondere Kürzung der Unterstützungsdauer und eine grundsätzliche Senkung der Unterstützungsbeträge auf die Höhe der Krisenunterstützung anzuordnen. Diese Bestimmungen bedeuten, daß die Bauarbeiter während ihrer Beschäftigung wohl die ordentlichen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten haben, daß sie aber andererseits vollständig aus der Arbeitslosenversicherung fast vollständig ausgeschlossen sind und grundsätzlich nur als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger behandelt werden.

Die Bauarbeiterchaft muß diese Verdrängung aus dem öffentlichen Unterstützungswesen umso drückender empfinden, als sie gleichzeitig zu Sonderleistungen für die Allgemeinheit herangezogen wird. Wäre nicht die Steuerbelastung der Lohnsteuererstattungen schon als allgemeine Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit aus, so gewinnt sie bei der derzeitigen katastrophalen Lage des baugewerblichen Arbeitsmarktes geradezu den Charakter einer Sonder-Strafsteuer für die Zugehörigkeit zu baugewerblichen Berufstätigen. Dieser Sachverhalt wird noch dadurch verschärft, daß für die neue Krisensteuer eine Erstattungsmöglichkeit gleichfalls ausgeschlossen ist.

Das gesamte Gesetz- und Verordnungswerk der Regierung läuft auf die systematische Schaffung eines Sonderkreises für die Bauarbeiter hinaus.

Zu dieser Politik können wir kein Wort der Entschuldigung finden. Eine stark zunehmende Radikalisierung muß die unvermeidliche Folge sein.

Was soll in den städtischen Krankenanstalten werden?

Der Breslauer Magistrat geht aufs Ganze — Das Krankenhauspersonal soll Gehaltsempfänger werden und diesen Titel mit enormen Abzügen bezahlen — Verheiratete Männer sollen in Kost genommen werden — Alle gewerkschaftlichen Errungenschaften stehen auf dem Spiel

Während der Magistrat bekanntlich allen städtischen Arbeitern für den 29. Juni das Arbeitsverhältnis gekündigt hat, will er die 48-Stundenwoche einführen, ist das Personal in den städtischen Krankenanstalten von dieser Gesamtkündigung ausgenommen worden. Wer etwa geglaubt hatte, daß dieser Preis der städtischen Arbeiter nicht gekündigt wurde mit Rücksicht auf die Kranken, der hat sich ein wenig geirrt. Der Magistrat wollte diesem Kreis seiner Arbeitnehmer nur eine Sonderüberweisung bereiten, nachdem erst vor kurzem der Achtstundentag eingeführt worden ist für das Personal selbstverständlich mit einer Minderung des Einkommens verbunden war.

Das für die Zukunft in Aussicht genommen ist, kam in einer für gestern abend in den Subtursaal einberufenen Versammlung der Sektion „Gesundheitswesen“ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe ausführlich zur Sprache, in der Kollege Martin vor vollendetem Ende zu den Magistratsvorsitzenden Stellung nahm. Aus diesen Ausführungen ging hervor, daß der Magistrat die bisherige Gruppeneinteilung über Bord werfen und eine neue Gruppeneinteilung einführen will, wobei er sich an den in den preussischen städtischen Kliniken geltenden Tarifvertrag anzulehnen gedenkt. In diesem staatlichen Vertrag sind die Löhne bedeutend niedriger, während es auch der Verpflegungslast der für das bestellte Personal in Anrechnung kommt. Der Magistrat will jedoch nur den niedrigen Lohn aus diesem Vertrag übernehmen, aber seinen bisherigen höheren Verpflegungsgeld behalten. Aber es soll noch weitergehen. Selbst die verheirateten Krankenhausbediensteten sollen in die Verpflegung einbezogen werden und nur in besonderen zu begründenden Einzelfällen gedenkt der Magistrat von dieser Beschränkung Ausnahmen zu gestatten.

Die Neueinstellung sieht Monatslöhne vor und als der Gipfelpunkt ist wohl der Vorschlag anzusehen, daß dieser Monatslohn ein achtstündiger Arbeitstag zu Grunde gelegt werden soll, während in Wirklichkeit eine sechszehnstündige Arbeitswoche verlangt wird.

Nur Arbeitszeit über sechzig Stunden hinaus wird durch Freizeit oder Zuschläge abgegolten. Diese Monatslohnung beseitigt auch alle Sonntags- und Nachtzuschläge und beseitigt überhaupt alle gewerkschaftlichen Errungenschaften, die in den letzten zwanzig Jahren für das Krankenhauspersonal durchgesetzt werden konnten. Die Neueinstellung gleicht den Zuständen in den außerstädtischen Stifts-Krankenanstalten und erinnert an die Zeiten, in denen die Gesundheitsordnung an der Tagesordnung war. Obwohl die verschiedenen Kategorien Stundenlohnabzüge bis zu 16 Pfennigen in Betracht kommen, beabsichtigt der Magistrat, den Kollegeblatz von 54 Mark monatlich herabzusetzen, während dieser in den staatlichen Anstalten nur 40 Mark beträgt.

Kollege Martin ging näher auf die neuen Löhne ein und kritisierte vor allem die Anordnungen des Magistrats, der seinem Schreiben noch die wohlwollende Bemerkung anfügt, daß er „in Notfällen“ zu einer Aussprache bereit sei. Schließlich ist im Hinblick noch die neue Notverordnung hinzu gekommen, die einen Lohnabbau in allen öffentlichen Betrieben vorsieht, wo die Löhne höher liegen, als die der im Reichsdienst Beschäftigten. Auch auf diese Lohnsätze, die wesentlich unter den Sätzen des Tarifvertrages für die Breslauer Gemeindearbeiter liegen, ging Kollege Martin näher ein. Eindeutig kennzeichnete er die Situation und appellierte an die Versammelten, zu erkennen, daß nur mit aller Gleichgültigkeit gegenüber dem bevorstehenden Abbruch Schluß gemacht und auch der letzte Mann in einer städtischen Krankenanstalt mobilisiert werden muß. Nur durch einen reißlosen Zusammenstoß kann auch der Gesamtverband diesem Vorstoß entgegenzutreten.

Mit kurzen organisatorischen Mitteilungen fand die gutbesuchte Versammlung ihren Abschluß.

Arbeitszeitverkürzung in Städtischen Betrieben Breslaus

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben:

Das Besondere des Magistrats hat vor kurzem unter obiger Überschrift einen Artikel in die Breslauer Zeitung gegeben, welcher nicht geeignet war, objektiv die Angelegenheit zu klären.

Der Magistrat legt in seiner Veröffentlichung folgendes: Die Löhne sind um 6 Prozent gekürzt worden. In dem Schiedsspruch über heißt es, daß wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit um vier oder mehr Stunden in der Woche eintritt, d. h. also, wenn sie auf 44 Stunden oder weniger pro Woche festgelegt wird, die 6prozentige Lohnkürzung wieder in Kraft tritt kommt. Es heißt dann weiter:

„Aus dem vorher Genannten ergibt sich, daß die Einparung größer ist bei einer Verkürzung der Arbeitszeit um

eine bis drei Stunden in der Woche als bei einer solchen um vier Stunden, daß bei dieser wieder der alte Lohn gezahlt werden müßte.“

Aus diesen kurzen Darstellungen kann der nichteingeweihte Leser die Anschauung gewinnen, als ob der Magistrat bei der 44stündigen Arbeitswoche den vollen früheren Wochenlohn von 48 Stunden zahlen müßte. Das ist aber nicht der Fall, sondern der Schiedsspruch sollte bezwecken, daß die Gemeinbediensteten, bei denen eine Lohnkürzung eingetreten ist, nicht auch zu gleicher Zeit noch mit einer Arbeitszeitverkürzung, also doppeltem Lohnverlust bestraft werden sollten.

Der Lohnverlust, den die städtischen Arbeiter bei der 44stündigen Arbeitswoche auf sich nehmen müßten, würde noch um 2 Prozent höher liegen wie bei der Lohnsenkung um 6 Prozent, so daß also hier eine ziemlich eriparante, die rund 325 000 Mark für den Rest des Etatsjahres 1931 betragen würde, eintritt.

Des Weiteren liegt es außer im Interesse der Stadtverwaltung, wenn für die verkürzten vier Stunden neue Arbeiter in den Betrieben eingestellt würden. Es könnten hier bei vorsichtiger Schätzung etwa 500 Leute hereingeworfen werden, wodurch eine Entlastung des Wohlfahrtsamtes zu verzeichnen wäre.

Kapitalistische Anarchie

Weissturz auf den Metallmärkten — teure Produkte — Zuckerrohre verkauft auf den Feldern — in Deutschland erhöht man den Zuckerpreis — Sinkende Baumwollpreise — aber die Armut läuft in Lumpen einher — Niedrige Getreidereserven — und die Menschen hungern

Hemmungslos weiter fortgesetzt hat sich der Weissturz an den Metallmärkten. Die Preise liegen hier in den meisten Fällen gegenwärtig niedriger als jemals seit dem Jahre 1900. Das hier eine weitgehende Veränderung der Erzeugungsverhältnisse, vor allem die durch Maschineneinsatz erreichte Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft eine große Rolle spielt, braucht an dieser Stelle wohl nicht mehr gesagt zu werden. Diese Entwicklung scheint das ganze Preisniveau revolutionieren zu wollen. Auch der letzte, von einem internationalen Spandiat bisher noch mit Mühe festgehaltene Preis, nämlich der Preis für Quecksilber, ist im Ansturm gekommen und mußte eine Herabsetzung von nahezu 25 Prozent hinnehmen. Hier mögen aber noch Sondergründe eine Rolle spielen. Dahin gehört unter anderem der spanische Geldbedarf. Bei den anderen Metallen kann aber kaum von Sondergründen geredet werden.

Besonders gedrückt liegt wieder der Kupfermarkt, an dem das von den Nordamerikanern beherrschte internationale Kartell, trotzdem es seine Preise immer wieder ermäßigt, von Außenjägern und von der zweiten Hand, also vom Kupferhandel, ständig unterboten wird. Der Zinnpreis ist bei etwas zurückgegangenen Veräußerungen aus Ostafrika auf den Stand gesunken, auf den bei den großen englischen Banken riesige Mengen beschissen worden sind. Sinken also die Preise weiter, dann kann es Ueberreflexionen geben. Dann wird früher oder später der Markt vor einem neuen Sturz der Zinnpreise stehen.

Auf den Getreidemärkten ist der Versorgungslage entsprechend, der Weizen gefallen und der Roggen gestiegen. Vielleicht mag man mit Weizenpörmlichkeiten gerechnet haben. Auch lauten die Saatensandsnachrichten (von einigen Meldungen, denen man nicht ohne weiteres Glauben zu schenken braucht, abzusehen) recht düster. Gibt es aber ab und zu in den überseeischen Getreidereservates eine gute Weizenerte, dann köpft diese auf geheuerte Vorräte, die man nicht absetzen kann. Dann muß sich die Lage auf den Getreidemärkten ganz von selbst komplizieren.

Während die Preise für Wolle sich einigermaßen behaupten konnten, sind die Baumwollpreise rasch weiter gesunken, abgesehen von den Ausnahmen der amerikanischen Baumwolle, deren nicht günstig sind. Die Ernteausfälle scheinen auch nur begrenzten Einfluß auf die Baumwollpreisbildung zu haben. Viel größer ist der Einfluß, der mit der näherkommenden Ernte von den Sicherungsverkäufen ausgeht. Im übrigen ist das Geschäft in der Textilindustrie der ganzen Welt so schlecht, daß Beharriskäufe von Baumwolle nur in allgeringstem Umfang notwendig werden.

Kämpfe und Erfolge des Maschinistenverbandes

Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer steht unter der Leitung der Kollegen Klebe, Berlin, Schlichting, Berlin und Chemnitzer, Dresden. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 66 Delegierte vertreten sind. Darunter befinden sich 48 Kollegen, die im Beruf stehen. Den Geschäftsbericht des Vorstandes gibt der Vorsitzende Genosse Klebe. Der Verbandstag tagt in einer Zeit, wie sie schwieriger noch nicht vorhanden war. Der Maschinistenverband hat unter der Krise nicht wenig zu leiden gehabt. Seit 1928 hat sich die Arbeitslosigkeit verbreitert und die Kurzarbeit vergrößert. Trotzdem ist der Verband mit den vor vier Jahren geschaffenen statutarischen Bestimmungen ausgekommen. Die in den letzten Jahren erfolgte Rationalisierung hat sich für die Berufskollegen sehr fühlbar ausgewirkt. Deshalb mußten immer mehr Kollegen aus dem Beruf ausscheiden. Kollege Klebe befaßte sich dann ausführlich mit den Vorschlägen der Brauns-Kommission und der Notverordnung. Er ließ es an einer harten Kritik nicht fehlen, wobei er besonders von den Interessen der Maschinisten und Heizer ausging. Der Verband begrüßte die Forderungen des DGB nach Einführung einer schärferen Betriebsüberwachung. Dies liegt ganz im Sinne des Verbandes, der bei der Dampfesselüberwachung ein kleines Beispiel für eine solche gegeben hat. Klebe ging dann auf die Verschmelzungsbestrebungen mit dem Metallarbeiterverband ein. Die Verschmelzungen zwecks Verschmelzung haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Wenn dies auch festgesetzt werden muß, so glaubt der Vorstand des Maschinistenverbandes doch, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit der beiden Verbände nach wie vor möglich ist. Die internationalen Beziehungen der Maschinisten haben seit dem letzten Verbandstag große Fortschritte gemacht. In der Maschinisten-Internationale sind heute die Berufsorganisationen folgender Länder vertreten: Deutschland, England, Dänemark, Österreich und die Tschechoslowakei. Die Berufskollegen aus Jugoslawien haben ihren Eintritt in Aussicht genommen. Der Verband hat bezüglich der Interessenerrettung der Mitglieder in erfolgreicher Weise zu arbeiten versucht. Er hat in 20 Hauptindustrien 1260 Betriebsräte. Der Verband wurzelt in allen Industrien, deshalb halten auch die Berufskollegen an ihrer Berufsorganisation fest. Der Verband hat in den letzten drei Jahren 2165 Arbeitskämpfe, darunter 178 Streiks und Aussperrungen geführt. Die Einführung der Invalidenunterstützung hat die Kampflust nicht beeinträchtigt. 5,2 Millionen Stunden Arbeitszeitverlängerung wurden erreicht. Das sind 12,7 Stunden je Woche für jeden Kollegen. Die Lohnbewegungen erbrachten im Durchschnitt je Woche 296 000 oder 36,1 Millionen je Jahr. Die durchschnittliche Lohnhöhe je Stunde stieg von 1928 bis 1930 von 83 auf 111,6 Pf.

Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Kollege Brandes, begrüßte nachträglich die Tagung und sprach sein Bedauern aus, daß es zu einer Verständigung zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Maschinistenverband im positiven Sinne noch nicht gekommen ist. Trotzdem braucht eine gedeihliche Zusammenarbeit unter gewissen Meinungsverschiedenheiten nicht zu leiden. Brandes ging auf die gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten und politischen Auseinandersetzungen ein und betonte, die sich daraus ergebende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einigkeit.

Der Vorsitzende des Österreichischen Metallarbeiterverbandes, Nationalrat Janesch, gab Aufklärung darüber, wie man in Österreich bei der Verschmelzung verfahren ist. Es haben sich dort wenig Schwierigkeiten ergeben.

Das Schlusswort des Verbandsvorsitzenden Klebe war kurz, weil an der Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden keine Kritik geübt wurde.

Obgleich das internationale Zuckersabkommen (Chadbourne-Abkommen), das eine Droßelung des Zuckerexports vorsieht und eine Unterbietung des Zuckerpreises auf den Weltmärkten verhüten will, in den meisten Ländern durchgeföhrt zu werden scheint und zu einer Einschränkung der Zuckeranbaufläche führen muß, war der Zuckermarkt während der letzten Wochen ungewöhnlich nervös und unruhig. Daran trägt unter anderem die schlechte Haltung der New Yorker Wertpapierbörse Schuld. Auch ist man in den Ländern, die der Einschränkung der Anbaufläche zugestimmt haben, sehr wenig mit der gestroffenen Regelung zufrieden. So mehrten sich zum Beispiel in Ruba die Proteste, wo nach man das auf den Feldern stehende Zuckerrohr bis zu 60 Prozent verkaufen läßt.

Auch der Gummi Markt zeigt bei verhältnismäßig kleinen Umsätzen äußerst gedrückt Preise. Nun wurde in letzter Zeit bekannt, daß die Holländer die durch Eingeborene betriebene Gummiproduktion droßeln wollten. Man las sogar von Einschränkungen bis zu 25 Prozent. Daraus zog der Markt gewisse Hoffnungen. Ob die bessere Stimmung bleiben wird, hängt davon ab, ob die Holländer, die politische Rücksichten zu nehmen haben, auch wirklich einschränken werden.

Der Kaffeemarkt liegt durchaus lustlos, weil die brasilianische Regierung den Preis nicht so senken kann, wie das wohl erforderlich wäre. Aber die Regierung und die Geldgeber der brasilianischen Regierung können die Entwicklung der brasilianischen Währungs- und Anleihefrage nicht abhängen. Also hält man sich zurück.

So bieten die großen Weltwarenmärkte ein Bild kapitalistischer Unordnung und kapitalistischer Anarchie. In den überseeischen Ländern weiß man nicht, wohin mit dem Weizen. In Europa und Asien strotzen Millionen nach Brot. In Deutschland erhöht man den Zuckerpreis. In Ruba verkommen hunderttausende Tonnen Zucker auf den Feldern.

Biel schlimmer als diese Auswirkungen sind jene Auswirkungen, die die Weltmärkte in den Industrielandern treffen. Die bedenkliche Situation auf den Warenmärkten ist nur geeignet, die wirtschaftliche Tätigkeit und die Unterhaltung der Wirtschaft weiter zu hemmen. Ausblicke auf eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise geben die Weltwarenmärkte in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht.

Trauer über Nantes

Nur sieben Gerettete bei der Katastrophe an der Loiremündung Die Bergung der Todesopfer — Was die Ueberlebenden berichten

Wie die „Agence Havas“ meldet, sind nunmehr zwei Listen der Verunglückten bei der grauenvollen Schiffsataktrophe an der Loiremündung zusammengestellt und veröffentlicht worden. Einfließlich der Befragung ergibt sich so eine Gesamtzahl von 465 Toten, darunter 13 österreichische und ein deutscher Arbeiter. Die Leichen wurden durch Schleppdampfer eingebracht und nach Nantes überführt.

Aus Nantes wird uns über die Unglücksfahrt berichtet: Sonntag! Es sollte ein schöner, strahlender Tag werden, heiß scheint die Sommerjonne nieder. Arbeiter von Nantes wollten den freien Tag genießen, mit Frau und Kind draußen, ferne der Stadt Erholung und Vergnügen finden. Die Konsumgenossenschaft von Nantes hat einen Schiffsausflug nach der nahen Insel Noirmoutier organisiert, und 467 Ausflügler haben sich zur Fahrt gemeldet. Es waren zu viele Menschen für den kleinen, 32 Meter langen Dampfer „Philibert“, der für die Fahrt gechartert worden war. Aber viele Menschen — das gab ein lustiges Durcheinander und fröhliche Stimmung. Auch Musik war an Bord, und im Programm waren viele Ueberraschungen vorgesehen. Niemand aber konnte ahnen, was für eine entsetzliche Ueberraschung der so heiter begonnene Tag bringen sollte.

Die Fahrt des Unglücksschiffes nach der Insel verlief anfangs ruhig. Dann aber machte sich eine heftige Brise auf, und als der Dampfer die Rückfahrt antrat, hatte sich der Wind verstärkt, das Meer war stark bewegt. Das Schiff schlingerte und wurde von den immer höher gehenden Wellen hin- und hergeworfen. Um 18.30 Uhr war das Schiff drei Meilen von der Saint-Gildas-Spige entfernt. Dort liegen die berühmten Felsen von Chatelet, die von den Schiffen sehr gefürchtet werden. Die Passagiere, die in den Kabinen keinen Platz gefunden hatten, drängten sich an der Steuerbordseite des Schiffes zusammen, um vor dem Sturm Schutz zu finden. Das war das Verhängnis. Der Dampfer bekam starke Schlagseite und wurde nun, durch das Gewicht von 400 Menschen plötzlich aus dem Gleichgewicht

gebracht, ein Spielball der hochgehenden Wellen. Sturzwellen wälzten sich über Deck. Schreie gellten auf. Zwei Sturzwellen schlugen über Bord und überfluteten das Schiff. Ein schwerer Windstoß traf das Schiff mit voller Stärke.

Der Dampfer, der das Gleichgewicht verloren hatte, legte sich so stark zur Seite, daß seine Masten das Wasser berührten. Noch einmal richtete sich das Schifflein hoch auf, aber um die Katastrophe zu vollenden, brauste jetzt eine zweite, stärkere Woge heran und warf es wieder um. Kieloben lag der Dampfer in die tödliche Tiefe.

Die meisten Passagiere wurden sofort von dem sinkenden Schiff in die Tiefe gezogen. Die übrigen schwammen hilflos auf den kurzgepeitschten Wellen. So rasch war das Unglück hereingebrochen, daß nur ein einziger — ein Österreicher — sich einen Rettungsgürtel umschnallen konnte. Nicht ein einziges Rettungsboot konnte ins Wasser gelassen werden. Bald fand nach verzweifeltem Kampf mit den Wellen ein Schiffbrüchiger nach dem anderen unter. Vom Leuchtturm St. Gildas hatte man das Schiff in Not bemerkt und auch seine Notsignale aufgefangen. Die Wächter telephonierten sofort nach Nantes, um Hilfe herbeizurufen. Das war alles, was sie tun konnten. Die letzten Augenblicke des „Philibert“ konnten vom Leuchtturm aus nur schlecht beobachtet werden. Die See ging sehr hoch — es war bereits 18.30 Uhr, dann verschwand der Dampfer und der Telegraphenmeister auf dem Leuchtturm konnte, wiewohl er das Fernrohr gebrauchte, nichts mehr von dem Unglücksschiff sehen.

Nur sieben entrannen der Katastrophe

Von Nantes wurde auf die Meldung des Leuchtturmwärters hin sofort der Schleppdampfer „Barnic“ ausgesandt. Der Schlepper „Glacis“ und das Kohlenboot folgten. Stundenlang kreuzten die Schiffe über der Unglücksstelle — aber jetzt war keine Hilfe mehr möglich. Das Meer war zum Grab geworden. Nur einen Schiffbrüchigen konnte der „Barnic“ aufnehmen, den Österreicher Zellner, dem es gelungen war, einen Rettungsring anzulegen. Außerdem nahm das Schiff noch drei Frauenleichen an Bord. Das Kohlenboot nahm sieben Ueberlebende und die Leiche eines jungen Mädchens an Bord. Der Körper der Unglücklichen war noch nicht erlattet und man bemühte sich Stundenlang um sie — vergebens!

Die Geretteten erzählen

Einer der geretteten Ausflügler, ein Tischler aus Nantes, erzählt über die Katastrophe: Ich hatte die Empfindung, daß die Gefahr eines Schiffbruchs bestünde, als das Schiff auf Steuerbord, wo sich die meisten Fahrgäste angelammelt hatten, von hohen Wellen überspült wurde. Als ausgezeichnete Schwimmer sprang ich losüber ins Meer, und im selben Augenblick splitterte der Dampfer vollständig, wobei er mich mitriß. Ich bekam einen heftigen Stoß in die Hüfte, doch gelang es mir, wieder auf die Oberfläche zu gelangen. Ich sah das Schiff kieloben treiben, auf ihm ein Häuflein von Menschen, die sich verzweifelt an Hammern. Dann aber verschwand der Dampfer wieder in den Wellen, wobei er alle Schiffbrüchigen, die sich an ihm festgehalten hatten, in die Tiefe riß. Als ich ein unversehrbares Rettungsboot mit anderen Schiffbrüchigen entdeckte, kletterte ich mich ebenfalls an, bis schließlich ein Schlepper eintraf und uns aufnahm. Es war schon die höchste Zeit, denn wir waren alle am Ende unserer Kräfte.

Ein Fabrikant namens Bignoni aus Nantes gab an, es sei ihm als gutem Schwimmer gelungen, länger als eine Stunde keine Frau über Wasser zu halten. Dann aber habe er, da ihm keine Kräfte verblieben, sie in die Tiefe gleiten lassen müssen. Er habe schon vor dem Ausflug eine Ahnung von einer Katastrophe gehabt und schließlich nur auf dringendes Bitten seiner Frau daran teilgenommen.

Ein anderer Schiffbrüchiger namens Veriz, den man fragte, ob er wünsche, daß man seine Familie von seiner Rettung verständige, erwiderte:

„Es ist nicht der Mühe wert. Meine Frau, meine Mutter und meine Tochter liegen auf dem Grunde des Meeres.“

Die ganze Stadt Nantes

ist durch die Schiffsataktrophe an der Loiremündung in tiefste Trauer versetzt. Der Untergang des „St. Philibert“ hat für zahlreiche Familien schweres Leid mit sich gebracht. Die Ver-

Das Unglücksschiff



an der Seite von St. Gildas an der Loiremündung in deren Nähe die Katastrophe geschah.

unglückten sind fast durchweg sozialistische Parteiangehörige und Mitglieder der Arbeiterorganisationen.

Viele Läden sind geschlossen, an den Türen befinden sich Anschläge: „Wegen Todesfalls bei der Katastrophe an der Loiremündung geschlossen.“ Ganze Familien sind ausgestorben. Ein Bürger von Nantes hat seine Frau, seine beiden Kinder und seine beiden Schwägerinnen verloren, eine junge Frau ihre drei Brüder und ihre Schwester. Sämtliche Leiter des Konsumvereins des Departements Loire-Inférieure, der das gesunkene Schiff für seine Mitglieder gechartert hatte, sind in den Wellen umgekommen. Die meisten von ihnen waren von ihren Familienangehörigen begleitet.

Ankunft des Bergungsdampfers



Die Toten des „St. Philibert“ werden an Land gebracht.

Schießende Bahnräuber bei Kassel

Eine Bande von Eisenbahnräubern versuchte am Dienstag zwischen Verla und Dankmarshausen bei Kassel den Waggon eines Güüterzuges auszuplündern. Die Räuber öffneten den Wagon und warfen seinen Inhalt auf den Bahndamm. Kriminalbeamte, die im Zuge mitfahren, wurden auf die Räuber aufmerksam und versuchten sie festzunehmen. Diese sprangen ab zogen Brownings und beschossen die Beamten, die das Feuer erwiderten. Der Bande gelang es schließlich zu entkommen, trotzdem einer der Räuber eine Schußverletzung erhalten hatte.

Sich selbst die Hand abgehakt

für 36 000 Mark

Das Schöffengericht Koburg verurteilte den 30-jährigen Mechaniker Alfred Sch. aus Baldhausen wegen Versicherungsbetrugs zu einem Jahre Gefängnis. Sch., der ein kleines Mechanikergeschäft betrieb und in Schulden geraten war, hatte sich in der Nacht zum 31. Dezember 1930 selbst die linke Hand abgehakt, nur auf diese Weise in den Besitz einer Versicherungssumme von 36 000 Mark zu gelangen.

Insgerissen!

Zwei Insassen des Dittlinghäuser Jugendhauses gelang es auf verwegene Art auszubringen. Einige Insassen hielten sich während der Freistunde mit ihren drei Aufsichtern im Hof auf. Als zwei von ihnen sich unbeobachtet glichen, warfen sie einen mit einem eisernen Haken versehenen Strick über die Mauer, kletterten daran hoch und verschwand. Der Vorzug spielte sich so schnell ab, daß die Wärter nicht eingreifen konnten. Die sofort ausgesandte Verfolgung durch Inspektoren und Polizei blieb ergebnislos.

Eisenbahnunglück bei Düren

Die Lokomotive und vier bis sechs Wagen eines Personenzuges der Strecke Düren-Heimbach stürzten gestern abends kurz vor 11 Uhr unmittelbar hinter dem Dürener Hauptbahnhof eine Ueberführung hinunter. Nähere Mitteilungen über das Unglück liegen noch nicht vor, insbesondere ist im Augenblick noch nicht bekannt, ob Personen dabei zu Schaden gekommen oder gar getötet worden sind.

Abgestiegene Profifabrik brennt ab

In der Mühle der Profifabrik Gollnow in Pommern, wahrscheinlich infolge Weizenstaubeexplosion Feuer ausgebrochen, das sich trotz der Windstille mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Es gelang, das anschließende Wohnhaus zu halten, während dem Mühlenwert auch nicht ein Stück gerettet werden konnte. Stärksten Eisenträger bog sich in der Gluthitze und mit ihm kürzten die Maschinen in die Tiefe.

Später flammte das Feuer noch einmal auf und ergriff, obwohl die Feuerwehr mit zwei Motorspritzen eingriff, auch umfangreiche Bäckerei. Der Schaden dürfte eine Million Mark betragen. Die Fabrik befindet sich zurzeit in Konkurs und ist zur Zwangsversteigerung kommen.

Hochwasser im Inntal

Im Inntal in Tirol haben die letzten schweren Niederschläge eine Hochwasserkatastrophe zur Folge gehabt. Das Wasser ist so hoch, daß die Straßen nach Jenbach und Schwaz nicht passierbar sind. Im oberen Inntal bei Zirl ist ein Damm gebrochen, so daß die Straßen völlig unter Wasser stehen. In Zirl bei Innsbruck sind mehrere Wohnhäuser von der Flut eingeschlossen. Ihre Bewohner konnten nur mit Mühe gerettet werden.

Den Freund erschossen

In dem Dorfe Polzowica, Kreis Lenca, Kroatien, fertigte sich der Bauernburden Sazepan Wincel und Waclaw Kojzynski aus einem Gasrohr ein Jagdgewehr an und wickelte dieses gestern auf seine Brauchbarkeit ausproben. Der Wincel lud das Gewehr mit Schrot und Pulver und hantierte mit der hergeladenen Waffe so ungeschickt herum, daß der Schuß losging, die ganze Schrotladung dem Kojzynski aus nächster Nähe in die Gegend des Herzens traf. Kojzynski war auf der Stelle tot. Der unvorsichtige Schütze wurde von der Polizei verhaftet.

Privatkrieg auf der Straße

Zwei Einwohner von Babianice bei Lodz, Wladyslaw Lesin und Josef Klimet, die als Kaufbolde bekannt sind, begannen seit längerer Zeit einen Haß gegeneinander. Dieser Haß begegnete Lesin dem Klimet in der Kilmiststraße, beschloß, ihm abzurechnen und zog einen Revolver, bei dessen Anblick Klimet die Flucht ergriff. Lesin nahm die Verfolgung des Begnerts auf und feuerte hierbei auf diesen. Von zwei Kugeln getroffen, stürzte der Klimet tot zu Boden.

Außerdem wurden durch die Revolverkugeln die zugehörigen Vorübergehenden Jakob Rantor und Laja Krumann verwundet. Der Mörder wurde von der Polizei verhaftet.

Gespenster des Krieges

Wrad eines U-Bootes an der italienischen Küste gesunken

Als das Wrad eines gesunkenen Unterseebootes wurde durch Taucher des Hafentorpedos von Venedig ein Hindernis festgestellt, das Fischer auf See in der Nähe von Pola, Recanato entdeckten, da sich ihre Netze darin verfangen. Das Wrad liegt auf 26 Meter Tiefe und ist wahrscheinlich ein österreichisches Fahrzeug, das während des Krieges gesunken sein mag. Der Taucher, der dreimal von Bord eines Schleppers zu dem Wrad hinuntergestiegen war, verunglückte beim letzten Tauchgang tödlich.

Die Havarie des Nautilus

In diesem Jahre keine Nordpolfahrt

Der Führer des Nordpolarunterseebootes hat „News Chronicle“ folgende Darstellung der Havarie auf der Probefahrt gesandt:

Der vierte Zylinder der Steuerbordmaschine hat ein Hülsenröhren bekommen. Die Maschine ist unbrauchbar bis zu unserer Ankunft in Bergen, wo ein Ersatzzylinder zur Verfügung ist. Der Zylinderbruch ereignete sich gerade, als unsere Batterie leer gelaufen war, weshalb wir die drahtlose Station während der Nacht nur beschränkt benutzen konnten.

Das Wetter ist gut. Wir legten bis Sonntag mittag 10 Meilen zurück. Unsere Stellung um 18 Uhr (am Sonntag) aber ist 45,26 Nord und 38,06 West. An Bord alles wohl.

Die Nordpolfahrt ist voraussichtlich wegen der notwendigen Reparaturen und neuer Erprobung in diesem Jahr nicht mehr durchführbar.

Dazu hat Deutschland Geld



Unabhängig des zehnjährigen Bestehens der lettlandischen Kriegsmarine hielten Kriegergeschiffe europäischer Staaten dem Kriegshafen Libau einen Besuch ab. Deutschland hatte den Kreuzer „Königsberg“ und eine Torpedoboots-Jahrgattille entsandt. In der Feier war auch der Staatspräsident von Lettland, Klotz (in Zivil) erschienen.